

Asien nach dem Ende der Kalten Kriegen

Kai M. Schellhorn

Die epochalen Revolutionen in Osteuropa veränderten mit ihren Folgewirkungen das weltpolitische System. Eine neue politische Weltordnung befindet sich im Status Nascendi.¹ Das bipolare System der Nachkriegskonfrontation und die machtpolitische Balance zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten gehört der Vergangenheit an. Mit dem Schwinden dieses statischen Konfrontationssystems, seinen politischen Blockbildungen und der Tendenz, Interessengegensätze zwischen den Supermächten nicht direkt, sondern auf Nebenschauplätzen (sog. proxy wars) auszufechten, wie z.B. in Vietnam und Afghanistan, gewinnt die Dynamik der Weltpolitik neue Konturen.

Obwohl der Zeitpunkt für eine umfassende Beurteilung der neuen weltpolitischen Konfiguration noch zu früh erscheint, lassen sich doch einige neue Kriterien festhalten. Staaten folgen grundsätzlich ihren jeweiligen außenpolitischen Interessen. Das Ende der Kalten Kriegen hat diese Konstante der Weltpolitik nicht verändert. Doch die außenpolitischen Interessen der Staaten unterliegen nach dem Ende des Kalten Krieges größerer Veränderbarkeit, ihre individuelle Verfolgung wird von machtkräftigen und machtschwächeren Staaten den neuen politischen Rahmenbedingungen "angepaßt". Dies kann sowohl die Rückkehr zu latent vorhandenen - in der Phase des Kalten Krieges unterdrückten - wie auch zur Formulierung neuer außenpolitischer Interessen führen.²

I. Die neue Weltordnung

Die gegenwärtige Weltpolitik wird m.E. von folgenden sechs Charakteristika bestimmt:

1. Die nukleare Supermacht Sowjetunion ist als politischer Mitspieler abgetreten. Der Zerfall des Sowjetimperiums und die keineswegs konfliktfreie Rekonstituierung ehemaliger Sowjetrepubliken in einer "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" zeitigt die wichtigsten Folgen für die Weltpolitik. Die ehemalige Sowjetunion wird in ihrem politisch-wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozeß für einen längeren Zeitraum unterstützungsbedürftig sein und von den westlichen Industriestaaten - in ihrem eigenen Interesse - alimentiert werden. Der weltpolitische Machtkonkurrent der USA existiert nur noch im Fragmentstatus.³

Im Hinblick auf Asien scheint der Hinweis wichtig, daß sich mit der Sowjetunion das Mutterland des Sozialismus und daraufhin auch das parteiideologische Blocksystem aufgelöst hat. Die noch verbliebenen kommunistischen Führungen in Afghanistan, Vietnam, China und Nordkorea erhalten keine Direktiven und/oder Anregungen der KPdSU aus Moskau mehr.

2. Den Vereinigten Staaten von Amerika fällt nunmehr eine weltpolitische Führungsrolle zu, die sie während des Golfkrieges in beeindruckender Weise wahrgenommen haben. Die amerikanischen Friedensbemühungen im Nahen Osten sowie ihre Führungsfähigkeit im Rahmen der Vereinten Nationen bestätigen

diese Annahme. Allein die gegenwärtig kränkelnde amerikanische Wirtschaft trübt das Bild der starken Supermacht. Doch bestehen Aussichten, daß sich die amerikanische Wirtschaft regenerieren und die Weltmacht Nummer Eins auch auf diesem Feld den Konkurrenten Japan und Europäische Gemeinschaft wieder Paroli bieten kann.

3. Das weltpolitische System wandelt sich von der Bipolarität (horizontale Machtkonkurrenz) zu einer neuen hierarchisch-strukturierten Multipolarität (hierarchisch-vertikale Machtkonkurrenz). Den machtpolitisch dominierenden USA steht kein gleichwertiger Machtkonkurrent mehr gegenüber. Gleichzeitig prägen regionale Zentren und Mächte zunehmend die neue Dynamik der Weltpolitik unterhalb der Schwelle der verbliebenen Supermacht. Zunehmend gewinnen sozio-ökonomische Faktoren Gewicht in der Weltpolitik. Hier gilt es sowohl auf die hoffnungsvollen Entwicklungsschritte der Europäischen Gemeinschaft in Richtung auf Wirtschaftsunion (1992), Währungsunion (1999) und Vereintes Europa hinzuweisen als auch die Rolle Japans in der Weltwirtschaft und Politik zu betonen.

4. Die neue hierarchisch-vertikale Multipolarität des Weltstaatensystems befindet sich gegenwärtig in der Entwicklung und ist keineswegs abgeschlossen. So mancher Staat findet - vom "Fraktionszwang" ehemaliger Blockpolitik befreit - zurück zu alten oder neuen außenpolitischen Zielen und Interessen (wie z.B. Indien).

Auf der weltpolitischen Bühne können das wiedervereinigte Deutschland (1990) und Japan, das als Wirtschaftssupermacht nunmehr auch politisch zunehmend eine Rolle zu spielen beabsichtigt, ebenso als "Mitspieler" mit neuem Gewicht gelten wie China, das neue "Mutterland" des Sozialismus mit eigenem Reformkurs und Führungsanspruch.

Eine qualitativ neue vertikale Multipolarität prägt sich gegenwärtig insbesondere in den Dritte-Welt-Regionen aus. Regional ins Gewicht fallenden Mächten, in Asien z.B. Indien, Pakistan und Nordkorea, die über Nuklearwaffen verfügen bzw. sie entwickeln, sowie Vietnam, Japan und den ASEAN-Staaten, fällt in Zukunft mehr politisches Gewicht und Bewegungsspielraum zu.

5. Die in Ausprägung befindlichen neuen politischen Kraftlinien und Konstellationen in Form sich verändernder oder neubildender vertikaler Machthierarchien werden zunehmend von sozio-ökonomischen multilateralen Entwicklungen beeinflusst und/oder ergänzt. Führungsansprüche und -rollen in regionalen Mächtekonstellationen werden durch eine Vielzahl von wirtschaftlichen Integrationsmechanismen inauguriert und abgestützt. Dies gilt sowohl für die Europäische Gemeinschaft, für die North American Free Trade Area (NAFTA), für die Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) und die im Januar 1992 von den ASEAN-Staaten beschlossene ASEAN-Free Trade Area (AFTA), für Malaysias Vorschlag eines East Asia Economic Caucus (EAEC) und den Vorschlag einer ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft durch die Philippinen.

6. Das politische Ende des sowjetischen Marxismus-Leninismus verdeutlicht, daß Lenin in einem Punkt Recht gehabt hat: Die Massen erheben sich. Aber sie erheben sich gegen das eigene kommunistische Unterdrückungssystem und schaffen es ab. Dieser Schritt mag der wahre "dialektische Sprung" in einer falschen Ideologie gewesen sein. Nach Ansicht ihrer Vordenker hätte der Weg in die "klassenlose Gesellschaft" führen sollen. Stattdessen wählen die Unterdrückten und Unfreien den Weg zu Freiheit, Demokratie, Recht und marktwirtschaftlichem System.

Diese Entwicklung gleicht einer Revolution und Analogien zur Tragweite der großen Ideen der Französischen Revolution (1789) und Eckdaten der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sind nicht von der Hand zu weisen.⁴

Die Ideen von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaat und lebensfähigen marktwirtschaftlichen und sozialen Wirtschaftssystemen haben sich mit historischer Dimension neu bestätigt. Ihre politische Sprengkraft wird sich in den nächsten Jahren zunehmend erweisen. Einerseits igheln sich die letzten verbliebenen kommunistischen Staaten (insbesondere in Asien China, Vietnam, Nordkorea) als letzte Gralshüter ideologisch ein, andererseits spüren insbesondere auch die jungen Demokratien der Dritten Welt den neuen Auftrieb in Richtung Demokratisierung ihrer oftmals autoritären Herrschaftssysteme. Die Staatenwelt befindet sich gegenwärtig in einem ungeheuren politischen und ideellen Wandel in Richtung Subjektivierung des Menschen als Schöpfer und Geschöpf der Geschichte.⁵

II. Politischer Wandel in Asien

Es stellt sich die Frage, welche bereits feststellbaren Folgen das Ende des Kalten Krieges in Asien aufzeigt? Diese Frage wird im Zusammenhang mit der obigen Annahme diskutiert, daß sich eine qualitativ neue vertikale Multipolarität in der regionalen Mächtekonkurrenz in Ausprägung befindet.

Folgende regionalpolitisch wichtigen Entwicklungen prägen den gegenwärtigen politischen Wandel in Asien:

1. In Asien ist der Ausfall der Sowjetunion besonders spürbar. Der politische und militärische Rückzug der Sowjetunion aus Vietnam hat zu Hanoi außenpolitischer Umorientierung führen müssen. Das noch kommunistische Vietnam lehnt sich - seiner Geschichte folgend - wieder an China an, dem es fast tausend Jahre tributpflichtig gewesen ist. Diese Umorientierung in Richtung Beijing bildete den Schlüssel für eine Lösung des Kambodscha-Problems (Paris, 23. Oktober 1991).

2. Dem sowjetischen Rückzug aus Asien geht amerikanisches politisch-militärisches Disengagement parallel.⁶ Die vom philippinischen Senat - und Mount Pinatubo - erzwungene Aufgabe der amerikanischen Basen in Manila bildet den Fixpunkt der Deeskalationsschritte des 1950 beim Ausbruch des Korea-Krieges eingeleiteten Containments.⁷ Truppenabzügen aus Südkorea, Australien und den Philippinen werden weitere De-Militarisierungen folgen. Stützpfiler der neuen amerikanischen Asienpolitik bilden die japanisch-amerikanische Allianz, ein

intensiviertes politisches Verhältnis zu den ASEAN-Staaten und die anhaltende Sicherheitsgarantie für Südkorea.⁸ Im Gegensatz zu Europa bildet das ungelöste Problem des geteilten Korea nach wie vor ein Relikt des ursprünglich heißen (1950-1954), später Kalten Krieges.

3. Der sowjetische Rückzug und das amerikanische Disengagement schaffen ein machtpolitisches Vakuum in Asien.⁹ Die Vereinigten Staaten von Amerika können als Supermacht in einem politisch-militärischen Konfliktfall in Zukunft zwar ad hoc präsent sein (Beispiel Golf-Krieg), de facto wird ihre Präsenz in Asien jedoch zunehmend verringert.

Die Geschichte der Staatenwelt lehrt, daß ein Machtvakuum Staaten anzieht, die ihre politische Macht mehren wollen. Abgesehen von der Tatsache, daß dies eine Grundkonstante außenpolitischen Handelns bildet, streben gegenwärtig auf einer ersten Führungsanspruchs-Ebene China, Japan und Indien nach neuen politischen Rollen im regionalen Kontext. Auf einer zweiten Führungsanspruchs-Ebene rüsten sich die sechs ASEAN-Staaten, Pakistan, Vietnam und Nordkorea für ein neues Kräftearrangement. Weitere Staaten konkurrieren auf einer dritten Ebene. Eine neue vertikale Positionierung und Multipolarität ist in Asien im Entstehen.

4. Folglich ist in Asien gegenwärtig eine - im Vergleich zur Phase des Kalten Krieges - ungeheure politisch-diplomatische Aktivität zu beobachten, die sich in Form von konzentrischen Kreisen um Haupt- und Nebenakteure legt. Die Mächtetekonstellation vor dem Ende des Kalten Krieges in Asien war in kurzen Worten gekennzeichnet von:

- a) dem starren Konfrontationsmechanismus des Ost-West-Konfliktes Sowjetunion (und China) versus USA;
- b) dem Ost-Ost-Konflikt zwischen Sowjetunion/Vietnam und China/Khmer-Rouge in Kambodscha seit 1978;
- c) dem wirtschaftlich alles dominierenden Japan, das jedoch politisch und militärisch schwach, per Sicherheitsabkommen an die USA gebunden ist;
- d) dem latenten Konflikt zwischen der Nuklearmacht Indien und seinem inzwischen auch nuklearen Nachbarn Pakistan;
- e) dem politischen Zusammenrücken der Staaten Südostasiens (Bildung der ASEAN) in Reaktion auf die amerikanische Politik (und Niederlage) in Vietnam;
- f) der anhaltenden politisch-militärischen Konfrontation zwischen Nord- und Südkorea.

Wie oben erwähnt, schafft der Rückzug und Zerfall der Sowjetunion in Asien ein Machtvakuum, das zumindest drei Mächte anzieht. In Nordasien konkurrieren China und Japan, in Südasien sucht Indien, nachdem es seinen sowjetischen Protege verloren hat, eine neue machtpolitische Rolle, die bis nach Südostasien reichen soll. Der gegenwärtige Zustand von ASEAN, das noch keinen ausreichenden kollektiven politischen Willen zur Integration formulieren und institutionell umsetzen konnte, reicht noch nicht aus, um vollwertiger "Mitspieler" in der asiatischen Machtkonkurrenz zu sein. Ausnahmen bilden der Konsens in der Behandlung des Kambodscha-Konfliktes und die zunehmende sicherheitspoliti-

sche Kooperation. ASEAN's Wirtschaftsintegration ist nach wie vor schleppend und mehr deklaratorisch als faktisch erfolgreich. Dies mag sich eines Tages ändern, so daß ASEAN - eventuell durch die Indochina-Staaten erweitert - zu einem dritten Machtkonkurrenten im Fernen Osten werden könnte.¹⁰

5. Die gegenwärtige Dynamik der internationalen Politik in Asien wird dementsprechend - soweit erkennbar - länderspezifisch von der VR China, Japan, Indien, Pakistan, Vietnam, den ASEAN-Staaten, der ASEAN als Ganzem sowie von Nord- und Südkorea bestimmt.¹¹ China, Japan und Indien werden in Zukunft die dominierenden Machtpole in Asien bilden. Erst in einigen Jahren, oder sogar Dekaden, dürfte festzustellen sein, über welche Vertikale - im Sinn von Machthierarchie - die Multipolarität verfügen wird. Den großen Drei in Asien folgen eine Reihe weiterer Staaten, deren vertikales Rangsystem sich ebenfalls in neuer Positionierung befindet. Zu diesen Staaten zählen Pakistan, Vietnam, die ASEAN-Gruppe (Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei und Philippinen) und die beiden Korea.

a) *Der Volksrepublik China*

Chinas politische Führung zeigt ein resolutes Streben nach Mitsprache und Mitgestaltung der neuen Machtfiguration in Asien. Zeitweilig wegen der Niederschlagung seiner Demokratiebewegung geächtet, erringt Beijing gegenwärtig neues internationales Gewicht. Chinas Interessen zielen in drei Richtungen:¹²

Erstens versucht China als verbliebener bedeutendster marxistisch-leninistischer Staat die Bande zu den kommunistischen Nachbarn Vietnam und Nordkorea enger zu schnüren, um kommunistischen Führungsanspruch durchzusetzen und Rettungsmaßnahmen des eigenen reformkommunistischen Systems mit denen der Nachbarn zu koordinieren.¹³

Zweitens zielt Chinas Politik als latenter Machtkonkurrent Japans auf eine volle Integration in das neue weltpolitische Machtgefüge, um eine politische Führungsrolle - über den verbliebenen kommunistischen Sprengel hinaus - in Asien zu erringen.¹⁴ Politische Aktivitäten in Richtung islamischer Staaten (Iran, Syrien, Pakistan) sowie Beijings verstärkte Präsenz im Pazifischen Raum deuten auf diesen Sachverhalt.¹⁵

Drittens richtet sich Chinas Interesse verstärkt den Staaten Südostasiens (ASEAN) zu.¹⁶ Jüngste außenpolitische Schritte gegenüber Thailand, Singapur und Indonesien können als "vertrauensbildende Maßnahmen" gelten.¹⁷ Die Beendigung der Konfrontation zwischen China und Vietnam bildet für Südostasien, wie das Beispiel der Beilegung des Kambodscha-Konflikts zeigt, insgesamt eine neue politische Entwicklungsperspektive.¹⁸ Ein Assoziierungswunsch Vietnams in die ASEAN-Gruppe ist von Hanoi vorgebracht und im Juli 1992 realisiert worden, als Vietnam den ASEAN Treaty of Amity and Cooperation unterzeichnete. Die brisanten und politisch bisher ungelösten territorialen Besitzansprüche im südchinesischen Meer, Spratly-Inseln (Nansha-Inseln) und Paracel-Inseln (Xisha-Inseln), stehen allerdings vorerst einer Ausweitung des chinesischen Einflusses in Südostasien im Weg.¹⁹

Chinas Wirtschaftsreformen haben in seinen südlichen Provinzen zu teilweise erstaunlichem Aufschwung geführt.²⁰ Japan und die ASEAN-Staaten intensivieren ihre Wirtschaftsbeziehungen mit den chinesischen Wachstumsprovinzen

Guangdong, Hunan, Hainan und Fujian.²¹ Dennoch werden Chinas Wirtschaftsprobleme, u.a. die zunehmende Unbalance zwischen marktwirtschaftlich operierenden Süd-Provinzen und den weniger prosperierenden Nord-Provinzen, die politische Führung auf längere Zeit vor größte innenpolitische Probleme stellen.²² Die Annahme der chinesischen Führung, daß Wirtschaftsreformen in ihrer zentralverwalteten Wirtschaft in der Breite erfolgreich sein werden und daß damit der Sozialismus in China auf Dauer gesichert werden kann, ist unbewiesen und - denkt man an das sowjetische Disaster - unwahrscheinlich.²³

Chinas zukünftige Stellung in Asien wird vom Erfolg seines sog. "Market Socialism", vom Ausgang des Experiments Hong Kong (1997), der Lösung der Taiwan-Frage und der Spratly-Territorialansprüche sowie seiner Menschenrechtspolitik abhängen. Eine gewaltmäßige Lösung der Taiwan-Frage ist noch immer nicht auszuschließen, eine Respektierung der Menschenrechte scheint vorerst nicht in Sicht. Beijings innenpolitischer Wandel ist von Reformkommunismus und konfuzianischer Tradition geprägt.²⁴ Die Lösung vom kommunistischen Modell wird dauern, scheint aber unausweichlich und könnte - in Absetzung zur Sowjetunion - präzedenzlos pragmatisch vonstatten gehen.

b) Japan

Japan fiel bisher aufgrund seiner Wirtschaftskraft weltpolitische Bedeutung zu. Der Wirtschaftsgigant ist jedoch neben Deutschland Verlierer des II. Weltkrieges und deshalb nach wie vor eng an die Vereinigten Staaten von Amerika gebunden. Seine sicherheitspolitische Anbindung, der Verzicht auf Nuklearwaffen und die Selbstbeschränkung auf reine "Selbstverteidigungstreitkräfte" führten zu einem politischen Zwitterdasein: hier Wirtschaftspotenz, dort Politik-Ohnmacht.

Insbesondere in Südostasien bestehen auch heute noch starke Ressentiments gegen Japan, die aus den unvergessenen Greueln des II. Weltkrieges resultieren.²⁵

Es kann kein Zweifel bestehen, daß Japan zusehends ein stärkeres politisches Gewicht in Asien und in der Welt erzielen will.²⁶ Die Bereitschaft, die Scheckbuch-Diplomatie (wie z.B. im Golfkrieg) zu beenden und sich an "UN-Blauhelm-Aktionen" zu beteiligen, verdeutlicht dies.²⁷ Prime Minister Miyazawa hat dieses Interesse auch bereits mehrfach ausgedrückt.²⁸ Die politische Führung in Tokio strebt den Zugewinn politischer Macht an, um sich in Zukunft politisch als Machtkonkurrent Chinas in Asien durchsetzen zu können. Mittelfristig werden die sicherheitspolitische Bindung an die USA wie auch der von Washington ausgehende Druck zu wirtschaftlicher Kooperation (APEC/Open Trading System) der neuen japanischen Interessenpolitik einen sanften Riegel vorschieben.²⁹ Gegenwärtig scheint die neue Zielrichtung von Japans außenpolitischem Interesse - hierzu zählt auch die von Prime Minister Miyazawa angestrebte Vollmitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat - bedeutender als die unmittelbaren Realisierungsmöglichkeiten.³⁰ Doch der politische Trend ist evident.

c) Indien

Neben China und Japan zählt Indien zu den großen Drei in Asien. Indiens geographische Lage in Südasien verhindert eine unmittelbare Präsenz in Ostasien, doch richtet sich Indiens Interesse und Machtprojektion zunehmend auf

die Nachbarregion. Von der Sowjetunion und ihren Satelliten abgekoppelt, sucht die politische Führung das Gespräch mit den USA (neue militärische Kooperation), Europa, Japan, China, Rußland und verstärkt auch mit ASEAN.³¹

Indiens Außenpolitik, die in zurückliegenden Jahren eine eindeutige prosovietische Tendenz erkennen ließ, wird gegenwärtig neu formuliert. Die jüngste Wiederaufnahme freundschaftlicher Kontakte zu China nach dreißigjähriger Konfrontation - der chinesische Premier Li Peng weilte Mitte Dezember 1991 sechs Tage in Neu Delhi - verdeutlicht die Dimension des gegenwärtigen politischen Wandels.³² Nach Angaben eines Sprechers des indischen Außenministeriums stimmen beide Staatsführer in ihrer Kritik an den USA überein: "The two leaders agreed that no big country or countries could or should be allowed to manipulate world affairs and practise power politics ... no single country should be allowed to dominate the world following the collapse of the Soviet Union." Diese Haltung deutet auf das neue gemeinsame außenpolitische Interesse dieser beiden asiatischen Großmächte hin.³³ Ein diesbezügliches außenpolitisches Rapprochement zwischen China und Indien ist für die folgenden Jahre, trotz der klassischen Spannungen im Himalaya, zu erwarten.

Indiens latent gespanntes Verhältnis zu Pakistan dürfte aufgrund der neuen globalen Konstellation ebenfalls überprüft werden.

In seiner Innenpolitik spielen politisches Umdenken und marktwirtschaftliche Reformen eine zunehmende Rolle.³⁴ Es kann keine Frage sein, daß Indien - dessen Rüstungsanstrengungen als weit überzogen gelten müssen (Marine) - eine wichtige machtpolitische Rolle über den Indik hinaus in Asien einzunehmen gedenkt.³⁵

d) Pakistan

Dieses islamische Land zählt zu den jüngsten Nuklearmächten.³⁶ Pakistans außenpolitische Orientierung zielt gegenwärtig mehr in Richtung Indik und islamische Länder als in Richtung Fernost - abgesehen von sich intensivierenden Beziehungen zu China. Die Rekonstituierung des seit 1985 bestehenden islamischen Wirtschaftsblocks (Economic Cooperation Organisation / ECO), dem neben Pakistan, Iran und Türkei seit Februar 1992 auch drei zentralasiatische ehemalige sowjetische Republiken angehören (Aserbaidshan, Turkmenistan und Usbekistan) - Kyrgystan, Kasachstan und Tadschikistan sollen ebenfalls beitreten -, verdeutlicht Pakistans regionale Interessenausrichtung.³⁷

Die neue globale Konstellation wird zeigen müssen, ob der permanente Konflikt mit Indien durch Hilfestellung Dritter und eine Politik politischen Ausgleichs geregelt werden kann. Den Vereinigten Staaten von Amerika kann ebenso wie China hierbei eine Schlüsselrolle zufallen.³⁸ Die vorsichtige Annäherung Indiens an die USA, die eine völlig neue sicherheitspolitische Kooperation miteinschließt, ist bereits erwähnt worden. Pakistan wird nach dem Ende des Afghanistan-Konflikts und im Rahmen des erwähnten "Islamischen Wirtschaftsblocks" als stabilisierender Machtkonkurrent Irans in Zukunft eine wichtige Funktion in der Region gewinnen.

e) Vietnam

Vietnams Wiederannäherung an China deutet gegenwärtig auf die Igelstellung der letzten kommunistischen Regime in Asien hin.³⁹ Wirtschafts- und Wieder-

aufbauhilfe ist von China in ausreichendem Umfang nicht zu erwarten. Verhandlungen mit den USA zwecks Beendigung des amerikanischen Handelsboykotts sind aufgenommen.⁴⁰ Taiwanesishe, Hongkonger, japanische, südostasiatische und auch deutsche Wirtschaftsunternehmen sind stark im Land engagiert. Hanoi Interesse an einer vollen Mitgliedschaft in der ASEAN-Gruppe ist bereits öffentlich geäußert worden.⁴¹ "Frieden, Freundschaft und Kooperation" sollen hinfort Vietnams außenpolitische Leitinteressen bilden.⁴² Bei den Nachbarn in Südostasien besteht große Bereitschaft zu privatwirtschaftlichem Engagement - von Wiederaufbauhilfe wird jedoch nicht gesprochen. Diese erhofft sich Hanoi von Washington und Japan. Der Friedensschluß in Kambodscha muß sich in den kommenden Jahren erst als praktikabel und tragfähig erweisen. Ein erneutes politisches Disaster in Kambodscha könnte Vietnams Kurs wieder ändern. Eine gemeinsame Aktion Vietnams und Chinas wäre im Szenario nicht auszuschließen.

Vietnam wird auf Jahre hinaus eines der ärmsten Länder der Welt bleiben. Seine marktwirtschaftlichen Reformen erfolgen in kleinen Schritten. Durchschlagende Wirtschaftsreformen (Privateigentum/Privatisierung) erscheinen bei der gegenwärtigen kommunistischen Führung als unwahrscheinlich, die den Kurs auf eine staatliche gelenkte Marktwirtschaft abgesteckt hat.⁴³ Es besteht der Eindruck, daß Vietnam sich zusehends an Beijings Reformkurs anlehnt bzw. angebunden wird.⁴⁴ Man sitzt "in einem Boot", das nur durch einen abgestimmten Ruderschlag steuer- und bewegungsfähig bleibt. Ob das Boot eines Tages kippt, bleibt abzuwarten.

Dennoch wird Vietnam eine bedeutsame politische Position in Asien einnehmen. Bei der Lösung einer ganzen Reihe von territorialen Fragen im Südchinesischen Meer bildet es einen der Hauptakteure. Falls das Land eines Tages marktwirtschaftlich wiederaufgebaut ist und sich vom Joch kommunistischer Unterdrückung befreit hat, wird es wieder zu den bedeutendsten politischen Mächten in Asien zählen.

f) Die ASEAN-Staaten

Indonesien ist das größte und machtstärkste Mitglied der ASEAN-Gruppe. Dieses Land mit 180 Mio. Einwohnern und einem langjährigen ausgeprägten außenpolitischen Kurs der Äquidistanz zur (ehemaligen) Sowjetunion und den USA plant gegenwärtig die Entwicklung nuklearer Kapazitäten.⁴⁵ In Kooperation mit Südkorea will Jakarta seinen ersten Atomreaktor (von 12 geplanten) im Jahr 2003 fertiggestellt haben.⁴⁶

Indonesiens kürzliche Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Beijing⁴⁷ und seine vorsichtige Bereitschaft, der amerikanischen Marine - nach dem Verlust von deren Basen auf den Philippinen - Reparaturmöglichkeiten in Surabaya einzuräumen, zeigen, daß es sich aus seiner langjährigen Distanz löst und als Machtkonkurrent präsent sein will.⁴⁸ Von einer durch marktwirtschaftliche Reformen beflügelten Wirtschaft mit hohen Wachstumsraten⁴⁹ und politischer Kontinuität (Suharto) gekennzeichnet, wird Indonesien in Zukunft eine zunehmend wichtige politische Position in Asien erringen.

Thailand gehört zu den wirtschaftlichen Boom-Ländern Südostasiens.⁵⁰ Periodisch wiederkehrende Staatsstrieche der Militärs konnten den Wirtschaftsaufschwung nicht bremsen.⁵¹ Es muß als politisch-diplomatische Meisterleistung

Thailands gelten, daß es niemals Kolonie gewesen ist und sich auch aus den Indochina-Konflikten heraushalten konnte. Thailand fällt gegenwärtig eine wichtige Vermittlungsrolle in der Endphase der Friedensgestaltung von Kambodscha zu.⁵² Eine neue Kooperation mit Vietnam, der Bedrohung von Gestern, hat begonnen.⁵³ Bangkok entwickelt sich damit innerhalb von ASEAN zur außenpolitischen Führungsmacht gegenüber Hanoi.

Thailand brachte im Jahr 1991 den Vorschlag für eine AFTA und damit für einen stärkeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der ASEAN-Staaten ein.⁵⁴ Die wirtschaftliche Kooperation der ASEAN-Staaten in den ersten 25 Jahren von ASEAN war schleppend. Mit der neuen Freihandelszone AFTA, die Ende Januar 1992 auf dem IV. ASEAN-Gipfel in Singapur beschlossen worden ist, konnte ein Durchbruch erzielt werden, der ASEAN im Wirtschaftsumfeld zum ersehnten Erfolg verhelfen kann. Thailand nimmt im politischen Kräftespiel in Südostasien eine zunehmend wichtige Rolle ein, die es in Richtung Indochina-Staaten, Myanmar und ASEAN systematisch ausbauen wird.

Malaysia genießt ebenso wie Thailand gegenwärtig einen beachtlichen Wirtschaftsaufschwung.⁵⁵ Malaysias energischer Prime Minister Mahathir verfolgt eine Strategie wirtschaftlicher Entwicklung zum voll entwickelten Land (sog. Vision 2020) und einen expliziten Süd-Süd-Ansatz in seiner Außenpolitik.⁵⁶ Kontaktabbahnungen zu Staaten Lateinamerikas, zur Wirtschaftskooperation und außenpolitischen Interessenkoordination steht die rhetorische Ablehnung von "Einmischungen" durch die USA und Australien gegenüber.⁵⁷ Der Vorschlag auf Einrichtung einer East Asia Economic Grouping (EAEG), der gegenwärtig in modifizierter Form als East Asia Economic Caucus (EAEC) diskutiert wird, fand bei Malaysias Nachbarn (speziell Indonesien) nicht das gewünschte Gehör.⁵⁸ Insbesondere Japan, das nach Ansicht von Prime Minister Mahathir im EAEC eine Führungsrolle übernehmen sollte, lehnte eine Mitarbeit mit dem Argument ab, daß EAEC einen Block bilden würde, der dem Freihandelssystem entgegenstünde. Hinter dieser ablehnenden Haltung steht Tokyos und vor allem Washingtons Interesse, den großen pazifischen Verbund APEC nicht mit regionalen Konkurrenzen in Form von Handelsblöcken zu belasten.⁵⁹ Tokyos neues politisches Selbstwertgefühl hätte wohl eo ipso zur Ablehnung von Prime Minister Mahathirs Vorschlag ausgereicht.

Prime Minister Mahathir hält sich mit dieserart Vorschlägen, seinen wiederholten Süd-Süd-Initiativen und harschen Kritiken an den Industriestaaten im politischen Gespräch.⁶⁰ Malaysia nimmt daher eine machtpolitische "Charakterrolle" in Asien ein.

Der Stadtstaat Singapur fällt ebenso wie das Sultanat Brunei aus dem Rahmen. Territoriale Kleinheit bedeutet Verwundbarkeit, wie das Beispiel Kuwait 1990/91 verdeutlicht hat. Beide Kleinstaaten sehen das amerikanische militärische Disengagement in Asien und die Schließung der Militärbasen auf den Philippinen mit Sorge. Sofortmaßnahmen bildeten Singapurs und Bruneis Angebote an Washington, der amerikanischen Marine Versorgungsmöglichkeiten - aber nicht in Form von festen Militärbasen - einzuräumen.⁶¹

Durch verstärkte Kooperationen - Brunei baut inzwischen eigene Verteidigungstreitkräfte auf; Singapur verfügt über hochtechnisierte und gut ausgebildete Streitkräfte, die nach dem Motto von Verteidigungsminister Yeo Ning Hong

"anything can happen and happen very quickly"⁶⁴ mobil und schlagkräftig sind - versuchen beide, ihre Sicherheitslage zu bessern. Der politische Schulterschluss zwischen den beiden Kleinstaaten erfolgte im Mai 1991, als Singapurs Prime Minister Goh Chok Tong Brunei besuchte. Singapur wird Bruneis Wunsch entsprechen und für eine Aufnahme des ölschweren Sultanats in das Five-Power-Defense-Agreement (FPDA: Großbritannien, Australien, Neuseeland, Malaysia, Singapur) votieren.⁶² Gleichzeitig strebt Brunei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China und zur GUS an.⁶³

Singapurs kometenhafter Aufstieg vom Entwicklungsland zum Industriestaat, seine ungebrochene Wirtschaftsdynamik und politische Stabilität sind für seine Nachbarn vorbildlich und nachahmenswert. Im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der ASEAN gewinnt der Stadtstaat zunehmend an Einfluß.

Der Senat der Philippinen hat mit seiner Entscheidung, die Verträge der amerikanischen Militärbasen Subic Bay und Clark Airforce Base nicht zu verlängern, sicherheitspolitische Entwicklungen verstärkt, die die lokale Dimension des Vorgangs weit übertreffen.⁶⁵ Die Sorgen der philippinischen Präsidentin Aquino, die aus binnenwirtschaftlichen Gründen für das Verbleiben der amerikanischen Basen votiert hat und vom Senat heftig düpiert worden ist, treten bei einer Beurteilung in den Hintergrund, die den gesamten Sicherheitskontext in Asien umgreift. Der Abzug der USA von den Philippinen, in denen sie fast einhundert Jahre präsent waren, bildet den Endpunkt ihres Containment in Asien, das im Jahr 1950 - nach dem Ausbruch des Korea-Krieges - begonnen hatte.

Der weltpolitische Wandel, der durch die Reformpolitik Gorbatschows und die Auflösung der Sowjetunion bedingt ist, hatte bereits vor der Entscheidung des philippinischen Senats zu unilateralen Disengagementleistungen der USA im Pazifischen Raum geführt.⁶⁶ Dieser Trend wurde durch die Senatsentscheidung bestärkt.

Die Philippinen fallen in der Gruppe der ASEAN-Mitgliedsländer gegenwärtig aus dem Rahmen. Ihre desolote wirtschaftliche Lage sowie die innenpolitische Instabilität stehen im Gegensatz zu den ASEAN-Nachbarn, die von großer Prosperität und Stabilität gekennzeichnet sind.

Eine Wende zum Besseren steht für die Philippinen gegenwärtig nicht in Aussicht. Die strukturellen Schwächen des Landes werden nur unter großen Anstrengungen zu überwinden sein.

g) Die ASEAN

Häufig spricht man dem Ganzen eine höhere Qualität zu als der Addition einzelner Teile. Wie beantwortet sich diese These im Hinblick auf die ASEAN-Staatengemeinschaft?

ASEAN hat in ihrer 25jährigen Existenz unterschiedliche Erfolge auf dem Gebiet politischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit errungen. Insbesondere im Bereich der politischen und sicherheitspolitischen Kooperation erzielte man gut Ergebnisse.⁶⁷ Die politisch einstimmige Haltung der - so unterschiedlichen - ASEAN-Staaten zum Kambodscha-Konflikt wie auch ihr Beitrag zu seiner politisch-diplomatischen Lösung sind großartige Leistungen. Das gegenseitige Abstimmen, Verhandeln und Kooperieren sind gleichsam institutionell angelegte "vertrauensbildende Maßnahmen", die sich nicht in barer Münze, sondern in Form politischer Friedensgestaltung bezahlt machen.

Die großen politischen Aufgaben der Zukunft richten sich auf eine intensivierte politische und wirtschaftliche Integration der Staaten Indochinas in den ASEAN-Verbund sowie auf die friedliche Beilegung vieler kleiner territorialer Streitfragen zwischen den ASEAN-Mitgliedern. Die Aufnahme erster offizieller Kontakte zu China, Südkorea und der Sowjetunion auf der Post Ministerial Conference (PMC), die dem 24. ASEAN-Ministerial Meeting (AMM) im Juli 1991 in Kuala Lumpur folgte, verdeutlicht ASEAN's Interesse an Profilvergewinnung und Mitsprache.⁶⁸ Das einstimmige Votum für Menschenrechte und Bewahrung der Umwelt sind erwähnenswert, wenn auch festgehalten wird, daß interkulturelle Unterschiede zwischen der Wahrnehmung der Menschenrechte bestehen und ASEAN's Haltung frei von Einflußversuchen anderer, z.B. der EG, die Entwicklungshilfe an die Menschenrechtspraxis koppelt, bleiben muß.⁶⁹

Im Feld der sicherheitspolitischen Kooperation⁷⁰ sind neben den regelmäßigen Manövern im Rahmen des FPDA die Zunahme von bi- und trilateralen Manövern von Mitgliedsländern hervorzuheben.⁷¹ Trotz Fehlens eines Sicherheitsvertrages, den die meisten ASEAN-Länder aus Scheu vor legalistischen Bindungen ablehnen, hat sich ASEAN sicherheitspolitisch gut entwickelt, und es besteht die Tendenz zu einem fortgesetzten Zusammenrücken in der Sicherheitspolitik, die nicht nur militärische Sicherheit umgreift, sondern sich auch der Bekämpfung des internationalen Verbrechens, Drogenhandels etc. widmet.⁷²

Den guten Kooperationsergebnissen im Politik- und Sicherheitsbereich läuft die wirtschaftliche Kooperation - weniger erfolgreich - hinterher.⁷³ Die Fülle von Literatur, Vorschlägen, Konzepten, Tagungen und Absichtserklärungen im Feld der Wirtschaftskooperation hat bisher keinen Durchbruch zu einer profunden Wirtschaftsintegration ermöglicht. Vergleiche zur Entwicklung und Effizienz der Europäischen Wirtschaftsintegration sind unangebracht. Auf der Zusammenkunft der ASEAN-Regierungschefs in Singapur Ende Januar 1992 wurde die Bildung einer Freihandelszone AFTA, die binnen 15 Jahren entstehen soll, beschlossen.⁷⁴ Allerdings sollen eine Reihe wichtigster Produkte in den Sparten landwirtschaftliche Produktion und Dienstleistungen von Zollsenkungen ausgenommen werden. Beide Sektoren umfassen mehr als die Hälfte von ASEAN's Produktion und ein Viertel des Gesamtexports. Es muß abgewartet werden, ob der Plan einer Freihandelszone ab 1993 effektiv implementiert werden kann. Selbst im Fall einer erfolgreichen Realisierung erscheint AFTA - gemessen am Beispiel der EG - als halbherziges Unternehmen, aber immerhin als Schritt in die richtige Richtung.⁷⁵

ASEAN wird in Zukunft eine größere politische und sicherheitspolitische Bedeutung in Asien gewinnen. Ob diese durch neue Effektivität im Bereich der wirtschaftlichen Kooperation untermauert werden kann, muß - trotz des soeben verabschiedeten AFTA-Plans - abgewartet werden. Gegenwärtig scheint ASEAN seine Stärke im Politischen gefunden zu haben. In der Zukunft wird formelle und informelle politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Richtung auf eine pragmatische Integration unter den sechs ASEAN-Mitgliedsländern immer größere Bedeutung erlangen, dies auch im Hinblick auf die potentielle Aufnahme neuer Mitglieder (Vietnam, Kambodscha, Laos) und die anstehende Lösung einer Fülle von territorialen Streitfragen.

Insgesamt gesehen, läßt sich bezüglich ASEAN also festhalten, daß das Ganze mehr als die Summe seiner Teile ist. ASEAN's politisch-diplomatische

und sicherheitspolitische Dynamik hat Fakten gesetzt und gewinnt in Asien zunehmend an auch den Frieden gestaltendem Gewicht. Die Einrichtung einer Freihandelszone stützt die Erwartung, daß auch die Wirtschaftskooperation richtig Gehen lernt.

h) Nord- und Südkorea

Im Gegensatz zu Europa, wo sich nicht zuletzt mit der Wiedervereinigung Deutschlands der Kalte Krieg wie eine Nebelwand aufgelöst hat, stellt in Asien die Teilung Koreas nach wie vor ein Relikt des Kalten Krieges dar. Wichtige Schritte zur Annäherung zwischen den beiden Teilen des Landes sind in den zurückliegenden Jahren vollzogen worden. Hierzu gehören auch die jüngsten bilateralen Schritte. Am 12. Dezember 1991 einigten sich beide Staaten auf einen "Vertrag über Wiederversöhnung, Nichtangriff, Austausch und Kooperation".⁷⁶ Die beiden Staaten verpflichten sich darin zu militärischer Entspannung, Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen. Ob dieser Vertrag, der ausgesprochen deklaratorischen Charakter trägt, den gewünschten politischen Durchbruch zu einer gewaltlosen Wiedervereinigung bildet, muß die Zukunft aufzeigen.

Zwei weitere Schritte stimmen hoffnungsvoll: Am 12. Januar 1992 unterschrieben beide Staaten ein Abkommen, das die koreanische Halbinsel für atomwaffenfrei erklärt.⁷⁷ Am 30. Januar 1992 unterzeichnete Nordkorea ein Abkommen mit der International Atomic Energy Agency (IAEA), das Inspektionen der nordkoreanischen Nukleareinrichtungen ermöglichen soll.⁷⁸

Der innerkoreanische Versöhnungsvertrag wurde am 18. Februar 1992 in Kraft gesetzt, Koreas Teilstaaten einigten sich damit über einen Nichtangriffspakt und auf einen Vertrag über Atomwaffenfreiheit.⁷⁹

Die neue politische Weltlage hatte auf der noch immer spannungsgeladenen koreanischen Halbinsel bereits vor diesen wichtigen innerkoreanischen Vereinbarungen zu neuen Entwicklungen geführt. Die Sowjetunion hatte seit Mitte 1991 die Lieferung von Offensivwaffen an Nordkorea eingestellt.⁸⁰ Gleichzeitig zogen die USA, die seit 1950 in Südkorea militärisch präsent sind, erstmals Truppenverbände aus der entmilitarisierten Zone südlich von Panmunjom ab.⁸¹ Die sicherheitspolitische Lage hatte sich allerdings wieder dramatisiert, als bekannt wurde, daß Nordkorea über sowjetische SCUD-Raketen (Reichweite 500 km) verfügt und fähig ist, binnen kurzer Zeit Nuklearwaffen zu entwickeln.⁸² Die USA dagegen haben ihre in Südkorea gelagerten Nuklearwaffen abtransportiert; Südkorea ist damit seit Ende 1991 nuklearwaffenfrei.⁸³ Auf starken amerikanischen diplomatischen Druck, der offensichtlich von Beijing gestützt worden ist, hat Kim Il Sung Ende November 1991 zugesagt, daß Nordkoreas geheime Nukleareinrichtungen - die angeblich nicht für die Waffenherstellung verwendet werden - inspiziert werden könnten, sobald die USA ihre Nuklearwaffen abziehen würden.⁸⁴ Eine Lösung dieser Frage scheint aufgrund der jüngsten Entwicklungen nicht ausgeschlossen.

Die Aufnahme der beiden koreanischen Teilstaaten in die Vereinten Nationen im September 1991, intensivierte Gesprächskontakte und die vereinbarten Völkerrechtsbindungen zwischen den Nachbarn sowie das Ende des Kalten Krieges insgesamt mögen einer zukünftigen Lösung der Teilung Koreas förderlich sein. Es ist denkbar, daß der gesamte Prozeß nach dem Abtreten Kim Il

Sungs weitere Dynamik gewinnt. Nordkoreas Anlehnung an China, nach dem Ausfall der Sowjetunion, resultiert nicht nur aus dem Verlangen nach konventioneller Rüstungshilfe, sondern reziprok auch aus Chinas Interesse an einer Lösung des Korea-Konflikts.⁸⁵ Beijings Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Südkorea folgt Gorbatschows diesbezüglichem Vorgehen.⁸⁶ Viel wird gegenwärtig davon abhängen, ob es de facto gelingt, Nordkorea von der Herstellung von Nuklearwaffen abzuhalten. Der Prozeß der Friedensgewinnung in Korea wird weitere schwere Hürden zu nehmen haben, doch sind die Zeichen der Zeit positiv einzuschätzen. Eine Korea-Friedenslösung unter Einbeziehung der UN (nach dem Kambodscha-Modell) könnte eines Tages denkbar werden.

Vorerst wird die Korea-Problematik die brisanteste Konfrontation in Asien bleiben. Das sicherheitspolitische Disengagement der Sowjetunion, der USA und wohl auch Chinas auf der koreanischen Halbinsel deutet darauf hin, daß die großen Drei (heute Zwei) sich in diesen Konflikt in Zukunft nicht hineinziehen lassen und eine gewaltfreie Lösung anstreben werden. Das Forum der Vereinten Nationen kann bei einer zukünftigen Friedensgestaltung in Korea hilfreich sein.

III. Zusammenfassung

Die vorliegenden Überlegungen sind von der Annahme ausgegangen, daß die gegenwärtige neue Weltordnung sich erst im Status Nascendi befindet. Sie wurde in Absetzung zum starren horizontalen Konfrontationssystem des Kalten Krieges (Bipolarität) als hierarchisch-vertikal strukturierte Machtkonkurrenz (Multipolarität) bestimmt. Die machtpolitische Vorrangstellung der USA steht gegenwärtig global außer Frage. Damit ist die Spitze der Vertikale bekannt. Washington entwickelt - ebenso wie die übrigen Staaten - den neuen Verhältnissen angepaßte Strategien in den einzelnen Weltregionen.⁸⁷ In den Dritte-Welt-Regionen Asien, Lateinamerika und Afrika hat das Ende des Kalten Krieges - und der Fortfall der Sowjetunion - neue und ungeheuer dynamische Machtkonkurrenzen freigesetzt.

Hierzu zählen in Asien unter anderem: Japans neues politisches Interesse an Mitsprache in der Weltpolitik und in Asien; Chinas politische Wiederannäherung an Vietnam, die die Kambodscha-Lösung ermöglicht hat (nach dreizehn Jahren Feindschaft), seine Wiederannäherung an Indien (nach dreißig Jahren Konfrontation) und seine Annäherung an Südkorea; Indiens außen- und innenpolitische Umorientierungen, ebenso Vietnams und Laos Interesse an einer Integration mit ASEAN;⁸⁸ ferner das verstärkte Bemühen der ASEAN-Staaten um politisches Gewicht und Erfolge in ihrer Wirtschaftskooperation und die jüngsten Deeskalationsschritte zwischen Nord- und Südkorea.

In Asien bilden China, Japan und Indien drei Mächte mit deutlichen politischen Ansprüchen auf Vorrangstellungen. Vorerst scheint ihr außenpolitisches Interesse an der Entwicklung vom Neben- zum Miteinander größer zu sein als am Gegeneinander. Die Zukunft wird aufzeigen, wie Einflußsphären neu verteilt werden und welche Dauerhaftigkeit Interessen-Allianzen (z.B. gegen die USA durch China-Indien) und zukünftige Machtkonkurrenzen und -konfrontationen im asiatischen Dreigespann gewinnen können.

Das regional neue Arrangement von Machthierarchien - im Modell entspricht es einer Vertikalen - zwischen diesen politischen Willenskonkurrenten wird sich erst langsam herausbilden und gestalten. Darin liegt m.E. der Hauptunterschied

zur Phase des erstarrten horizontal strukturierten Kalten Krieges. Spekulationen über Rangpositionen innerhalb des neuen vertikalen Machtsystems scheinen verfrüht.

Dies gilt in gleichem Maß für die zweite Ebene der Machtkonkurrenten in Asien: Pakistan, Vietnam, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Philippinen, ASEAN als Gruppe, Nord- und Südkorea. Ebenso für die dritte Ebene, der Sri Lanka, Bangladesch, Myanmar, Kambodscha, Laos, Taiwan und andere zugerechnet werden können.⁸⁹

Abschließend muß auf die Frage eingegangen werden, inwieweit die neue politische Weltordnung den Frieden wert wahrren können. In Asien, wie auch in anderen Weltregionen, werden außenpolitische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessenkonflikte, Rivalitäten und Territorialdispute genügend Anlaß für Konfrontationen, Krisen und eventuell kriegerische Auseinandersetzungen geben.⁹⁰ Innenpolitische Instabilitäten, ethnische Auseinandersetzungen, Nationalismen, Menschenrechtsmißachtungen und religiöser Fanatismus können ergänzende Konfrontationspotentiale bilden.

Wie oben erwähnt, haben sich die Konfrontationsmechanismen außenpolitischer Interessen mit dem Ende des Kalten Krieges nicht gewandelt. Entscheidend für den Frieden wird in besonderem Maß die zukünftige Rolle der Vereinten Nationen sein, die - im Fall des Golfkriegs von den USA geführt - hinfort stärker durch Eigengewicht und multilaterale "Blauhelmaktionen" Frieden sichern könnten.

Gleichzeitig bleibt zu hoffen, daß in der veränderten weltpolitischen Ordnung mehr als bisher eine Politik des Interessenausgleichs zwischen den Staaten zur Konfliktregelung verfolgt werden wird. Der Kalte Krieg und sein Ende müssen auch eine Lehre für die Weltstaatengemeinschaft gewesen sein. Die Geschichte zeigt, daß nur ein friedlicher Interessenausgleich wahren Frieden schaffen kann.⁹¹

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Likhit Dhiravegin: "Das veränderte internationale Umfeld und die neue Weltordnung", *Europa-Archiv*, 46 (1991) 23, S.684-690.
 - 2) Vgl. Hans J. Morgenthau's Standardwerk zur Internationalen Politik: **Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik**, Gütersloh 1963.
 - 3) Die folgenden Überlegungen gehen von der Annahme aus, daß ein Nachfolgestaat der Sowjetunion (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) kurz- und mittelfristig auf keinen Fall eine Machtposition in der Weltpolitik einnehmen können wird, die der der ehemaligen Sowjetunion vergleichbar wäre.
 - 4) Samuel Huntington folgert beispielsweise in seinem Aufsatz "America's changing strategic interests": "1990 joined 1815, 1895 and 1945 as a symbolic year of change in the international system and the American role in it." *Survival*, 33 (1991) 1, S.5.
 - 5) Vgl. hierzu Reinhold Niebuhr: **Christlicher Realismus und Politische Probleme**, Wien 1958.
 - 6) US-Außenminister Baker wies kürzlich in einem Artikel in *Foreign Affairs* darauf hin, daß die USA ihre militärische Präsenz in Asien nicht völlig aufgeben werden, um "geopolitische Balance aufrecht zu erhalten, eine ehrenhafte Vermittlerrolle in Konflikten spielen zu können und zur Abschreckung von Bedrohungen beitragen zu können." Zit. nach einem Bericht der *ST* vom 10.11.1991.
 - 7) Nach Aussage des amerikanischen Botschafters in Thailand David Lambertson hegen die USA keine neuen Pläne für militärische Stützpunkte in Asien. Vgl. *Straits Times (ST)* vom 25.11.1991.
- Diese Aussage wurde vom Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs

- Richard Solomon am 17.1.1992 in Singapur bekräftigt: "We do not intend to establish new bases in the region but we are looking to develop a diversified, access sort of arrangement" ST 18.1.1992.
- 8) Vgl. hierzu auch US-Präsident Bush's Asien gewidmete Rede vom 12.11.1991, in der er u.a. erklärte: "Democracy has swept across Asia - with some notable exceptions, such as Burma, China, North Korea and Vietnam... Yet we remain engaged in the region, especially in China". Vgl. ST 14.11.1991.
 - 9) Der sowjetische Truppenkommandeur im Fernen Osten Colonel-General Viktor Novozhilov erklärte am 12.11.1991, daß seine im Fernen Osten stationierten Truppenverbände um 50% reduziert werden. Vgl. ST 14.11.1991.
 - 10) Die USA befürworten nicht ohne Eigeninteresse eine Stärkung von ASEAN, um eine neue Balance im Fernen Osten zwischen China, Japan und ASEAN zu schaffen. Eine starke ASEAN würde einen Teil des von den USA eingeräumten Machtvakuum im amerikanischen Interesse auffüllen können. Gegenwärtig ist ASEAN weit von dieser politischen Potenz entfernt. Vgl. ST 22.11.1991.
 - 11) Siehe zu dieser Thematik Jusuf Wanandi: "Global changes and its impact on the Asia Pacific region: an Asean view", *Asien*, (1991) 41, S.57-66, und Chin Kin Wah: "Changing global trends and their effects on the Asia-Pacific", *Contemporary Southeast Asia*, 13 (1991) 1, S.1-16.
 - 12) Über Chinas außenpolitische Interessen gegenüber einem Nachfolgestaat der Sowjetunion läßt sich gegenwärtig wenig sagen. Deshalb bleibt der Aspekt in der Betrachtung ausgeklammert.
 - 13) Vgl. den diesbezüglichen Bericht der ST vom 30.11.1991; ebenso Parteiführer Jiang Zemin Rede vom 1.7.1991 anlässlich des 70. Geburtstages der KPCh lt. "China has no room for Democracy", ST 2.11.1991. Um das Schicksal der Sowjetunion zu vermeiden, formulierte der Parteiführer "drei Prinzipien": "Communist Party leadership of China; Party control over the military and security forces and; Disavowal of privatisation in the economy" ST 16.9.1991.
 - 14) Der Handelsaustausch zwischen China und Japan umfaßt 1991 rd. 20 Mrd. US\$, nachdem japanische Unternehmen wieder verstärkt in China tätig sind. Der Besuch von Japans Prime Minister Toshiki Kaifu im August 1991 in Beijing brachte die Beziehungen "back to normal". Die sich intensivierende Wirtschaftskooperation steht neben der politischen Machtkonkurrenz der beiden Führungsmächte in Asien. Vgl. ST 9.9.1991.
 - 15) Vgl. *Far Eastern Economic Review (FEER)*, (14.11.1991), S.11-12.
 - 16) Vgl. ST 20.11.1991.
 - 17) Chinas Staatspräsident Yang Shangkun machte im Juni 1991 einen Staatsbesuch in Thailand, bei dem die Sino-Thai-Beziehungen als harmonisch und beispielhaft bewertet wurden. Vgl. ST 11.7.1991. Indonesien nahm am 8. August 1990 und Singapur am 3. Oktober 1990 diplomatische Beziehungen zu China auf.
 - 18) Vietnams Prime Minister Vo Van Kiet und KPCh-Generalsekretär Do Moi erklärten am 5. November 1991 in Beijing in Übereinstimmung mit KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin und Premier Li Peng die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Vietnam.
 - 19) Vgl. ST 12.7.1991. China, Vietnam und Taiwan erheben Territorialansprüche auf beide Inselgruppen.
 - 20) Vgl. den Bericht der ST 25.5.1991 über das Wirtschaftswunder in Shenzhen und Guangdong.
 - 21) Vgl. den Bericht des *Economist* "South China - as rich as southern Europe by year 2000", im Abdruck in der ST vom 9.10.1991.
 - 22) Der chinesische Prime Minister Li Peng wies im Mai 1991 darauf hin, daß China ein eigenes Wirtschaftsmodell entwickelt: ein zentrales Planungssystem mit freier Marktwirtschaft. Vgl. ST 9.5.1991.
 - 23) Vgl. den Bericht der ST vom 2.9.1991 über das 8. Plenum des 13. ZK der KPCh. Deng Xiaoping erklärte kürzlich u.a.: "Persuading people who don't believe in socialism depends in the end on our development... If we can reach a comfortable standard of living this century, then we can make them see things a little more clearly". ST 24.11.1991.
 - 24) Vgl. "Confucianism revived for socialist ends" in ST 15.7.1991.
 - 25) Prime Minister Toshiki Kaifu's Südostasienreise (Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei) im Mai 1991 diente u.a. der Diskussion über eine zukünftige globale Rolle Japans in der internationalen Politik. Vgl. ST 2.5.1991.
Um Bedenken seiner Gesprächspartner zu zerstreuen, gab Prime Minister Kaifu am 3. Mai in Singapur eine förmliche Entschuldigung für Japans Kriegsverbrechen ab: "I express our sincere contrition at past Japanese actions, which inflicted unbearable suffering and sorrow upon a great many people of the Asia-Pacific region". ST 4.5.1991.

- 26) Siehe Mohd Ghazali Shafie: "Japan and Asia. How to advance in the right direction", **The Sunday Times** 25.8.1991.
- 27) Die starke innerjapanische Opposition gegen den Einsatz von japanischen Verbänden im Rahmen von "UN-Blauhelmaktionen" konnte die diesbezügliche Grundsatzentscheidung verzögern, aber nicht verhindern.
- 28) Prime Minister Miyazawa erklärte am 8. November 1991 in seiner ersten Rede vor dem Parlament u.a.: "Mindful of the diversity of the Asia-Pacific region, I intend not only to be active on the economic front but also to broaden the opportunities for political dialogue and to play a vigorous political role." **ST** 9.11.1991.
- 29) Vgl. **ST** 11.11.1991: "Japan won't join East Asian caucus: Watanabe. US advises Tokyo to oppose proposed EAEC". US-Präsident Bush's Besuch in Japan Anfang Januar 1992 diente vor allem dem Zweck, den japanischen Markt für amerikanische Produkte zu erweitern und diesbezüglich diplomatischen Druck auf Tokyo auszuüben.
- 30) Vgl. **ST** 29.1.1992.
- 31) Siehe den Beitrag von Kripa Sridharan: "The evolving ties between India and ASEAN", **The Sunday Times** 24.11.1991. Indiens langjährige Haltung der Anerkennung des vietnamhörigen Hun-Sen-Regimes in Kambodscha führte zur Konfrontation ASEAN's, das die Dreier-Koalitionsregierung, die auch von den UN anerkannt war, respektierte.
- 32) Vgl. **ST** 12., 13., 14.12.1991.
- 33) Zit. n. **ST** 13.12.1991.
- 34) Vgl. den Bericht "Voters back Rao's move towards freemarket economy" der **ST** vom 20.11.1991. Ebenfalls **FEER**, 8.8.1991, S.48-50.
- 35) Vgl. A. Gordon: "Indian subcontinent. Advances and setbacks in a turbulent year", **Asia-Pacific Defense Reporter (APDR)**, (Dec. 1990/ Jan. 1991), S.55-58; dsgl. Avinash Nigudker: "Fears of new arms race", **APDR**, (Oct. 1991), S.32-33.
- 36) Ex-Prime Ministerin Benazir Bhutto erklärte kürzlich: "Pakistan has the information and the capability to build a nuclear bomb in the event of a threat from India... but there is no need to cross that line". **ST** 2.9.1991. Außenminister Shanryar Khan bestätigte, daß sein Land eine Nuklearwaffe zusammensetzen könnte. Vgl. **ST** vom 8.2.1992, die die **Washington Post** vom 7.2.1992 zitiert.
- 37) Dieser "Islamische Wirtschaftsblock" führt zu Besorgnissen Indiens und der USA, weil einige der zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken Zugang zu Nuklearwaffen und entsprechendem Know-How haben und die Non-Proliferation hochgefährdet erscheint. Vgl. **The Times of India, Sunday Times** 12.1.1992. Zur Bildung des erweiterten Economic Cooperation Organisation am 16. Februar 1992 vgl. **ST** 18.2.1992 und **FAZ** 17. und 18.2.1992.
- 38) Mitte November 1991 wurden die Gespräche zwischen den USA und Pakistan über die nukleare Non-Proliferation Pakistans und der damit verknüpften Einstellung der amerikanischen Auslandshilfe wiederaufgenommen. Vgl. **ST** 20.11.1991.
- 39) Die Normalisierung der Beziehungen nach 13 Jahren Konfrontation wurde während des Besuchs von KPVP-Parteiführer Do Moi in Beijing am 5. und 6. November 1991 besiegelt. **ST** 7. und 8.11.1991 sowie **FEER**, (21.11.1991), S.10-11.
- 40) Im Dezember 1991 begann eine neue Verhandlungsrunde zwischen den USA und Vietnam zur Beseitigung letzter Hindernisse im bilateralen Verhältnis. Vgl. **ST** 7.12.1991.
- 41) Vietnams Prime Minister Vo Van Kiet wies während seiner Südostasienreise im Oktober 1991 nach Thailand, Singapur und Indonesien mehrfach auf diese außenpolitische Leitlinie hin. Vgl. **ST** 26.10.1991 und 3.11.1991.
- 42) Vgl. **ST** 22.10.1991.
- 43) Der Generalsekretär der KP Vietnams Nguyen Van Linh erklärte anlässlich der Eröffnung des 7. Parteikongresses am 24. Juni 1991 u.a.: "To doggedly follow the socialist path is the one and only correct choice". **ST** 25.6.1991. Linh's Nachfolger Do Moi bestärkte diese Aussage zwei Tage später: "our party and people are unshakably determined to follow the path of socialism... the only correct path... while continuing to consider economic renewal as the keynote, the party further promotes the renewal of the political system, democratisation of social life, renewal of all aspects of life and social activity". **ST** 17.6.1991.
- 44) Vgl. **FEER**, (11.7.1991), S.10-11, über den 7. Parteikongreß der KPVP vom 24.-27.6.1991.
- 45) Vgl. **ST** 7.5.1991.
- 46) Siehe den Beitrag von Norman Ashworth: "Indonesia - Friend or foe?", **APDR**, (Nov. 1991), S.27.
- 47) Indonesien nahm nach 23 Jahren im August 1990 wieder diplomatische Beziehungen zu China auf. Der chinesische Präsident Yang absolvierte im Juni 1991 einen Staatsbesuch in Jakarta.

- Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten waren von Jakarta 1967 abgebrochen worden, nachdem Beijings Verwicklung in den kommunistischen Staatsstreich von 1965 bekannt geworden war. Vgl. *ST* 6.6.1991.
- 48) Über eine Benutzung des Luftwaffenübungsgeländes von Siabu auf Sumatra durch die US-Luftwaffe wird ebenfalls gesprochen. *ST* 12. und 14.11.1991.
- 49) Indonesien hatte 1990 eine Wachstumsrate von 7,4%. *ST* 17.8.1991.
- 50) Thailands Regierung rechnet mit einer Wachstumsrate von 8,2% für 1992. *ST* 10.9.1991.
- 51) Der letzte Staatsstreich (zugleich der 17.), angeführt von General Sunthorn, fand am 23. Februar 1991 statt. Siehe den umfangreichen Bericht in der *Sunday Times* vom 24.2.1991.
- 52) Prime Minister Anand Panyarachun hielt sich im September 1991 drei Tage in Beijing auf, um u.a. mit Chinas Premier Li Peng über die Lösung des Kambodscha-Problems zu beraten. *ST* 23.9.1991.
- 53) Nach Rückkehr von einem Besuch in Hanoi im Juni 1991 erklärte Thailands Oberkommandierender General Sunthorn, Thailand und Vietnam "have agreed on joint naval exercises and a joint economic zone in disputed areas of the Gulf of Thailand to reduce the possibility of naval conflict". *ST* 9.6.1991. Thailands Prime Minister Anand Panyarachun besuchte Mitte Januar 1992 Vietnam und führte Gespräche mit Premier Vo Van Kiet. Thailand bot Vietnam u.a. einen langfristigen Kredit in Höhe von rd. 6,2 Mio. US\$ an. Vgl. *ST* 17.1.1992.
- 54) Vgl. *ST* 7.8.1991.
- 55) Für 1991 wird eine Wachstumsrate von 7,9% erwartet. *ST* 25.10.1991.
- 56) Vgl. den Bericht der *ST* vom 12.12.1991 über Mahathirs Haltung während des Treffens der Gruppe der 15 in Caracas.
- 57) Vgl. beispielsweise *ST* 25.5.1991: "Mahathir: Powerful nations curbing freedom of smaller ones". In diesem Zusammenhang lehnt Malaysia kategorisch die Einrichtung von ausländischen Militärbasen ab. Vgl. *ST* 29.7.1991.
- 58) Vgl. *FEER*, (18.7.1991), S.22-25.
- 59) Vgl. das Interview mit Malaysias Prime Minister Mahathir im *Handelsblatt* vom 27.2.1991, S.156.
- 60) Auf die amerikanische Ablehnung der EAEG angesprochen, erklärte Mahathir: "The future now looks bleak for small countries like Malaysia as long as the United States continues to flex its muscle as the sole superpower". *Sunday Times* 10.11.1991.
- 61) Vgl. *ST* 25.7.1991 und 22.10.1991. Im November 1990 hatte Singapur mit den USA die Möglichkeit der Nutzung von Versorgungseinrichtungen für die US-Marine und US-Luftwaffe vereinbart. Diese Vereinbarung wurde während des Besuches von US-Präsident Bush in Singapur Anfang Januar 1992 dahingehend erweitert, daß die USA bis zu 200 Mann militärisch-technisches und logistisches Personal ihrer Marine in Singapur stationieren können. Vgl. *Singapore Sunday Times* vom 5.1.1992.
- 62) Vgl. *ST* 1. und 2.5.1991.
- 63) Vgl. *ST* 21.7.1991.
- 64) Vgl. Yeo Ning Hongs Interview über "Singapore's defence policy in the post-cold war era", *ST* 28.11.1991.
- 65) Die Entscheidung des Senats fiel am 16. September 1991, vgl. *ST* 17.9.1991.
- 66) Siehe Denis Warner: "Phase reduction in Asia", *APDR*, (Aug. 1990), S.14. Die USA hatten den unilateralen Abzug von Truppenverbänden in Asien in Höhe von rd. 15.000 Mann (von 135.000 Mann) bereits 1990 eingeleitet.
- 67) Siehe hierzu die ausgezeichnete Studie von Caesar Parrenas: **ASEAN im Kräftefeld der Großmächte. Großmachtpolitik und regionale Zusammenarbeit in Südostasien seit 1975**, Frankfurt/M. 1989, die diese Aussage bestätigt.
- 68) Vgl. *ST* 15.7.1991.
- 69) Diese Position wurde explizit von Malaysias Prime Minister Mahathir, dem Gastgeber der AMM und PMC, angeregt und von den AMM-Konferenzteilnehmern bestätigt. Vgl. *ST* 20.7.1991.
- 70) Siehe hierzu K.M. Schellhorn: "Die sicherheitspolitische Kooperation der ASEAN-Staaten", *Asien*, (Apr.1986) 19, S.1-19.
- 71) Siehe Michael Richardson: "Filling the US gap", *APDR*, (July 1991), S.8.
- 72) Siehe Bunn Nagara: "Threat perceptions in Southeast Asia", *Trends, The Sunday Times* 28.7.1991.
- 73) So schreibt z.B. Singapurs *Strait Times* "After all, the record of ASEAN efforts at economic integration since its inception in 1967 is far from impressive", 25.7.1991.

- 74) Siehe den Kommentar von Narendra Aggarwal "Case for ASEAN free trade area", **The Sunday Times** 6.10.1991. Auf dem Treffen der ASEAN-Wirtschaftsminister in Kuala Lumpur wurde dieser Vorschlag am 8. Oktober 1991 befürwortet und auf dem 4. Treffen der ASEAN-Regierungschefs in Singapur vom 27.-28. Januar 1992 verabschiedet. Vgl. **ST** 9.10.1991 und 26./27./28./29.1.1992. Ebenso **FEER**, (6.2.1992), S.10-11.
- 75) **FEER**, (24.10.1991), S.64 ff., bringt ASEAN's wirtschaftliche Erfolge auf das Urteil: "The promotion of economic cooperation has been one of ASEAN's biggest failures... Existing preferential trading arrangements (PTAS) among ASEAN members which allow for cuts in tariffs on selected products have never been extended to sectors of real significance such as cars and textiles. Items covered by the scheme were either not produced in ASEAN - snow ploughs being a famous example - or already enjoyed a zero tariff rating".
- 76) Vgl. **ST** 13.12.1991.
- 77) Vgl. **ST** 15.1.1992.
- 78) Man rechnet mit ersten Inspektionsmöglichkeiten der Nukleareinrichtungen in Nordkorea Mitte 1992. Vgl. **ST** vom 31.1.1991 und 26.2.1992.
- 79) Südkoreas Präsident Roh Tae Woo unterzeichnete den Vertrag am 17., Nordkoreas Präsident Kim Il Sung am 18.2.1992. Vgl. **ST** 18. und 19.2.1992.
- 80) Vgl. **ST** 31.10.1991.
- 81) Vgl. **ST** 2.10.1991.
- 82) Vgl. **ST** 11.11.1991. Seoul, die Hauptstadt Südkoreas, liegt nur 40 km von Panmunjom und der Grenze zu Nordkorea entfernt. Experten sind der Ansicht, daß Nordkorea innerhalb des nächsten Jahres zwei Atombomben herstellen kann. Vgl. den detaillierten Bericht der **ST** vom 26.11.1991.
- 83) Südkoreas Präsident erklärte Südkorea am 18. Dezember 1991 für atomwaffenfrei. Vgl. **ST** 19.12.1991.
- 84) Vgl. **ST** 27.11.1991.
- 85) Chinas Vice-Premier Tian Jiyun wies kürzlich darauf hin, daß China Nordkorea keine Unterstützung beim Bau einer Nuklearwaffe leisten würde. Vgl. **ST** 7.12.1991.
- 86) Vgl. **ST** 4.10.1991. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und Südkorea erfolgte am 24. August 1992. Vgl. **ST** 25.8.1992.
- 87) Robert Zoellick, Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, hat die "drei strategischen Hauptpfeiler" des neuen amerikanischen Sicherheitskonzepts in Asien mit "Japan, Südkorea und ASEAN" bestimmt. Vgl. **Neue Zürcher Zeitung** 25.7.1991.
- 88) Am 13. Dezember 1991 hat Laos sein Interesse an einer Mitgliedschaft in ASEAN bekannt gemacht. Vgl. **ST** 14.12.1991.
- 89) Die dritte Ebene wurde hier nicht detailliert einzelstaatlich betrachtet.
- 90) Indonesiens Armed Force Chief General Try Sutrisno hält diesbezügliche regionale Auseinandersetzungen nach Ende des Kalten Krieges für wahrscheinlich. Vgl. **ST** 25.9.1991.
- 91) Das Manuskript wurde im Februar 1992 abgeschlossen.